Nr. 271. Donnerstag den 29. November 1906. 5. Jahrgang.

Sächsische Volkszeitung

Erscheint täglich nachm. mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: Viertelj. 1 ℳ 50 ₰ (ohne Bestellgeld), für Oesterreich 2 K 55 h. Bei a. a. Postanstalten l. Zeitungspreisliste Nr. 6858. Einzelnummer 10 Pf. — Redaktions-Sprechstunde: 11—12 Uhr.

Unabhängiges Tageblatt für Wahrheit, Recht u. Freiheit

Inserate werden die 6gespalt. Petitzeile od. deren Raum mit 15 ₰, Reklamen mit 50 ₰ die Zeile berechn., b. Wiederh. bedeut. Rabatt. Buchdruckerei, Redaktion und Geschäftsstelle: Dresden, Pillnitzer Straße 43. — Fernsprecher Nr. 1366.

r. Der erledigte Erzbischofstuhl von Posen.

Der Tod des Posener Erzbischofes hat nun die „polnische" Frage erst recht aufgerollt; die einen befürchten sogar eine Verschlimmerung, insofern der preußische Staat keinen neuen Bischof für Posen zulassen werde, bis der Streit über die Muttersprache entschieden sei. Auf der anderen Seite aber sagt man sich, daß gerade die Erledigung des Bischofsstuhles dem Staate am leichtesten die Möglichkeit gebe, seine vielen Mißgriffe gut zu machen und so einen glatten Tisch für den neuen Bischof zu schaffen. Für die eine wie für die andere Lesart lassen sich eine Anzahl von Gründen anführen. Vorerst aber besteht auf seiten der preußischen Regierung das Bestreben, auf eine anständige Weise aus der Sackgasse herauszukommen.

Der Reichskanzler selbst befaßt sich mit der Frage und ließ sich von den Räten des preußischen Kultusministeriums schon wiederholt Vorträge in dieser Sache halten. Kardinal Kopp von Breslau ist auf Wunsch der preußischen Regierung nach Rom gereist, um zu vermitteln; er hat sehr weitgehende Vollmachten in der Tasche. Freilich hat ihn eben bei seiner Ankunft in Rom die Nachricht vom Ableben seines Amtsbruders in Posen erreicht. Damit hat Rom selbst auch mehr Aktionsfreiheit erlangt. Aus bester Quelle wissen wir, daß die Kurie geneigt ist, zu einem friedlichen Ausgleich zu kommen; gewiß läßt Rom an dem Elternrecht und an dem Recht auf die Muttersprache nicht rütteln. Preußen wird dieses schließlich anerkennen müssen. Aber wenn man auf beiden Seiten den festen Willen zum Frieden hat, bleibt dieser auch erhalten. Die beiden Interpellationen im Reichstage haben freilich schon deutlich gezeigt, daß Preußen hart am Rubikon angelangt ist, und daß der schärfste Kampf beginnt, wenn es diesen überschreitet.

Die Frage der Neubesetzung des Posener Bischofsstuhles will man sonderbarerweise von der protestantischen und liberalen Presse als ein neues Kraftstückchen des Hakatismus benützen. Es ist auffallend, wie nichtkatholische Blätter sich sofort in eine solche innerkirchliche Frage einmischen, während die katholische Presse sich ganz zurückhält, und nur den einen Wunsch ausspricht, daß der Würdigste und Tüchtigste die schwere Last dieses Oberhirtenamtes zu tragen habe. Im anderen Lager hat man sogar schon allerlei Kandidaten genannt. An die Spitze stellt man den Satz, daß kein polnischer Geistlicher Erzbischof werden dürfe, sondern nur ein deutscher. Demgegenüber verdient aus einer Würdigung des Wirkens des verstorbenen Erzbischofs in der „Kreuzzeitung" folgender Passus hervorgehoben zu werden: „Wenn man die langen Jahre seiner Amtsführung überblickt, wird man billigerweise anerkennen müssen, daß die Pessimisten nicht recht behalten haben, welche im Jahre 1892 den Entschluß der Staatsregierung, sich mit der Kurie über einen namhaften und einflußreichen Geistlichen polnischer Nationalität als Nachfolger Dinders zu einigen, als ein leichtfertiges Wagnis glaubten bezeichnen zu müssen. Andererseits wird es, wie wir fürchten, gegenwärtig kaum gelingen, für den verwaisten Erzbischofstuhl einen polnischen Kandidaten ausfindig zu machen, dessen Persönlichkeit und Vergangenheit ausreichende Bürgschaften dafür bietet, daß sie den verblichenen Stablewski voll ersetzen oder in der Versöhnlichkeit ihrer politischen Haltung gar in den Schatten stellen werde. Aber es würde ganz verfehlt sein, hieraus die Folgerung zu ziehen, daß nunmehr ein Priester deutscher Nationalität an die Spitze der Erzdiözese zu stellen sei. Das wäre unzweifelhaft ein Schlag ins Wasser, weil eine kurzsichtige, rein schematische Germanisationsmaßregel. Man würde einen Feldherrn gewinnen, der in Bezug auf Werbekraft und Autorität gegenüber seinen Unterführern total versagen würde. Was das gerade in heutiger Zeit besagen will, ist leicht zu ermessen. Hier heißt es im Rückblick auf die Vergangenheit: „Vestigia terrent." — In diesen Zeilen spricht doch noch ein wenig gesunder Menschenverstand mit. Wenn es der preußischen Verwaltung darum zu tun ist, den Frieden wieder herzustellen, so muß sie einen polnischen Priester zum Bischofssitze zulassen, weil ein deutscher nur gar schwer wirken kann. Man sah es in der Amtszeit des Erzbischofs Dinder. Ein Oberhirt, der die Sprache der meisten seiner Diözesanen nicht versteht, kann gar nicht jenen Einfluß gewinnen, der für ein erfolgreiches Wirken geboten ist.

Als ein „deutscher Kardinal" wird nun in mehreren Blättern Se. Königl. Hoheit Prinz Max, Herzog zu Sachsen, genannt, der bekanntlich in der freien Schweiz eine Stätte seines segensreichen Wirkens fand; er ist gegenwärtig Professor an der Universität in Freiburg in der Schweiz. Für dessen Ernennung auf den Posener Bischofsstuhl resp. Wahl führt man an, daß das sächsische Königshaus mit den Polen geschichtlich eng verknüpft sei, nachdem ein sächsischer König einstens auch König von Polen gewesen sei; so werde — schließt man — das polnische Volk einem Kirchenfürsten aus diesem Geschlechte mit Vertrauen folgen. Eine solche Kombination hat manches für sich, und da Prinz Max als Bruder Sr. Majestät des Königs, den treuesten deutschen Bundesfürsten, wohl über den Vorwurf erhaben ist, er sei nicht deutsch gesinnt, würde man auch in Berlin gegen dessen Wahl sicherlich nichts einwenden. Anders ist es freilich, wie sich Prinz Max selbst zu einer solchen Wahl stellen würde. Wir kennen sein hohes priesterliches Pflichtgefühl, das ihn mit dem heißen Verlangen erfüllt, seine ganze Person in den Dienst der Kirche und des katholischen Volkes zu stellen. Die Würde eines Erzbischofs von Gnesen-Posen ist mit der schwersten Bürde unter allen Bischofssitzen im ganzen deutschen Reiche verbunden. Hierzu gehört hohe Klugheit und Nackensteife, verbunden mit größter Friedensliebe. Das Steuer glücklich also zu führen, daß es zwischen Szylla und Charybdis, zwischen der nationalen Ueberempfindlichkeit und der Prätension der preußischen Regierung unbeschädigt laviert, ist ein Meisterwerk. Es ist nun eine Frage, ob die große Bescheidenheit des priesterlichen Prinzen sich selbst für dieses Kunststück prädestiniert und geeignet hält. Er hat bisher alle kirchlichen Würden ausgeschlagen und dürfte am wenigsten Sehnsucht nach dem Erzbischofstuhl in Posen haben, der bei Lage der Sache immer ein Bekenntnisstuhl sein wird.

Wenn für uns die Personenfrage ganz ausscheidet — die Presse hat sich hierum nicht zu kümmern — so wünschen wir doch mit allem Nachdruck, daß der erzbischöfliche Stuhl nicht lange verwaist bleibt, sondern daß der Oberhirt bald seines Amtes walten kann. Eine lange Sedisvakanz verschärft nur auf beiden Seiten die Stimmung und der Friede wird immer schwieriger erreicht. Am „Krieg im Osten" aber hat weder das Reich noch die Kirche ein Interesse; nur im Frieden gedeihen beide zum Wohle der Allgemeinheit. Auf die liberalen Blätter kann die Regierung nicht hören. Die „Köln. Ztg." schreibt zwar schon ganz bestimmt, bei der Ernennung des Nachfolgers Stablewskis müsse darauf gehalten werden, daß in der preußischen Provinz Posen kein Platz für einen Erzbischof polnischen Namens und polnischer Nationalität sei und daß die preußische Regierung nie wieder ihre Einwilligung dazu geben dürfe, daß ein Pole vom Stuhle des heiligen Adalbert Besitz ergreift. „Wir vertrauen, daß die preußische Regierung durch die Erfahrung gewitzigt, in diesem Punkte unerbittlich sein wird." Im Gegenteil zu dieser falschen Ansicht vertrauen wir, daß die Regierung dem Hakatismus keine Einwirkung gestattet und mit einer baldigen Lösung einverstanden ist.

Deutscher Reichstag.

k. Berlin. 127. Sitzung am 27. November 1906.

Der Reichstag führte heute die 1. Lesung des Gesetzentwurfes über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine zu Ende. Die Debatte hatte aber keinen hervorragenden Charakter mehr; der Abg. Träger (Frs. Vpt.) konnte allein noch durch seine Scherze das Interesse des Hauses fesseln. Der Entwurf wurde an eine Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen. — Morgen soll die Kolonialberatung stattfinden.

Politische Rundschau.

Dresden, den 28. November 1906.

— **Dernburg wehrt sich.** Die scharfe Kritik seiner Kolonialdenkschriften hat dem neuen Kolonialdirektor nicht gefallen; er setzt sich in der „Nordd. Allg. Ztg." zur Wehr; aber es nützt nicht viel; im Reichstag wird man hierüber noch ganz anders urteilen. Die Presse hat sich mit Recht, wie wir auch, darüber aufgehalten, daß die Exportproduktion einfach kapitalisiert wird und man so auf einmal zu 616 Millionen Mark Kapital in den Kolonien kommt. Wie gelangte man zu dieser Zahl? Darüber sagt die Denkschrift folgendes: „Um einen Anhaltspunkt für die Bedeutung der hier in Frage stehenden Werte zu geben, soll die Exportproduktion der einzelnen Schutzgebiete ins Auge gefaßt werden; kapitalisiert man diese mit 5 Prozent und zieht 2 Prozent ab für eigenen Verbrauch und für Verlust von Produkten, nimmt man als Prozentsatz für die Kapitalisierung nur noch 3 Prozent, zieht man ferner ab von dem Wert des Exportes alle diejenigen Artikel, die nicht durch Produktion, sondern durch Okkupation erworben werden, wie Elfenbein, Felle, Koral, Kuriositäten und dergleichen, betrachtet man die Holz- und Kautschukgewinnung zur Hälfte als okkupatorisch, zur anderen Hälfte als Produktion, so ergibt sich als Kapitalwert dieser Produktion in den einzelnen Schutzgebieten der folgende: Ostafrika 166 Millionen Mark, Togo 71 600 000 Mark, Kamerun 232 Millionen Mark, Südwestafrika 4 900 000 Mark, Samoa 67 600 000 Mark, Neu-Guinea, Bismarck-Archipel 42 100 000 Mark, Marschall-Inseln, Karolinen usw. 32 600 000 Mark, zusammen 616 800 000 Mark." Diese Art der Berechnung ist eine total falsche; sie konnte wohl ein Nichtfachmann aufmachen, nicht aber ein Bankmann wie Dernburg. Nach diesen Sätzen ist zunächst davon ausgegangen worden, die Exportproduktion mit 5 Prozent zu kapitalisieren, und es ist dann die Kapitalisierung nach Abzug von 2 Prozent für eigenen Verbrauch und für Verluste à 3 Prozent vorgenommen worden. Dabei müßte man zu dem Resultate kommen, daß eigentlich angenommen worden ist, eine Kapitalisierung à 3 Prozent ergebe eine niedrigere Summe als eine Kapitalisierung à 5 Prozent. Um das zahlenmäßig nachzuweisen, daß die Denkschrift zu einem Kapitalswert von 616 Mill. Mk. kommt auf Grund einer Berechnung von 3 Prozent, so scheint sie eine Exportproduktion von 18½ Millionen Mark ihrer Berechnung zugrunde gelegt zu haben. Eine solche gibt aber zu 5 Prozent kapitalisiert nur die Summe von 370 Millionen Mark statt der 616 Millionen Mark. Die Rechnung hat also ein ganz gewaltiges Loch. Die „Nordd. Allg. Ztg." sucht dieses zuzustopfen und behauptet: „Die Produktion sei nicht mit dem zwanzigfachen, sondern nur mit dem zwölffachen Jahresertrag als Kapitalswert eingesetzt." Das würde dann eine Kapitalisierung à zirka 8 Prozent bedeuten, wie man sie sich sehr wohl gefallen lassen könnte. Ja, wie entsteht denn aber der Kapitalwert von 616 Mill. Mark? Eine Exportproduktion von 50 Millionen Mark haben unsere Kolonien, besonders nach Abzug aller derjenigen Faktoren, die die Denkschrift erwähnt, nicht zu verzeichnen. Die bisher vorliegenden statistischen Angaben lassen in den letzten Jahren einen Export von etwa 25 Mill. Mark jährlich erkennen. Das hieße à 8 Prozent kapitalisiert, zirka 300 Millionen Mark. Die Rechnung stimmt also auch so nicht und alle Ausreden nützen nichts mehr. Das volkswirtschaftliche Bedenken, das sich hinsichtlich der obigen Berechnung aufdrängt, sucht die „Nordd. Allg. Ztg." mit folgenden Worten zu entkräften: „Bei dem Export handelt es sich lediglich um Rohprodukte, mit deren Produktion und Einsammlung das Privatkapital überhaupt nur da beschäftigt ist, wo es sich um Plantagenbau handelt." Wir meinen trotzdem, die Exportproduktion kapitalisiert nicht den Wert des Grund und Bodens allein, auf dem die Produkte gewonnen werden, sondern auch den Wert des Kapitals, das zur Aufschließung von Grund und Boden erforderlich ist. Das heißt also: In jenen erwähnten 616 Millionen Mark ist noch einmal ein Teil des werbenden Kapitals, das schon mit 370 Millionen Mark angegeben ist, enthalten. Nicht der Boden schafft die Produkte, sondern der Boden, das Kapital und die Arbeit. Man sieht also, daß Herr Dernburg sich doch etwas stark in die Nesseln setzte; die Oeffentlichkeit und vollends der Reichstag sind kein Aufsichtsrat, dem man mit Zahlen imponiert. Aber auch auf einem anderen Gebiete tritt Dernburg den vollen Rückzug an. Zunächst war beanstandet worden, daß in der ersten Denkschrift der Mangel des Baues von Eisenbahnen als der „einzige folgenschwere Fehler der Verwaltung" bezeichnet worden war. Die „Nordd. Allg. Ztg." weist demgegenüber darauf hin, daß es sich um eine „fachtechnische" Arbeit handele, die sich ausschließlich mit dem Stand der administrativen Verwaltung in den Schutzgebieten befasse, so weit dieser in finanziellen Ergebnissen ausgedrückt werden kann. Das Blatt fährt fort: „Niemand wird der gegenwärtigen Leitung der Kolonialverwaltung zutrauen, daß sie glaubt, damit alle diejenigen Anstände erschöpft zu haben, welche sich — zum großen Teil mit Recht — gegenüber der bisherigen Verwaltung ergeben haben. Aber alle diese Anstände sind — sonst müßte man ja an der Möglichkeit einer einwandfreien Kolonialverwaltung überhaupt zweifeln — reparabel. Der Mangel einer rechtzeitigen Erschließung der Schutzgebiete durch Verkehrswege aber und die daraus entstandenen großen Ausgaben für die deutsche Nation sind nicht reparabel. Das ist der Sinn der betreffenden Ausführungen." Das liest sich ganz anders, die Kolonialabteilung gibt also zu, daß die vielen Beschwerden zum großen Teil mit Recht vorgetragen worden sind. Man sieht also, wie glänzend gerechtfertigt jene jetzt schon sind, die mit der Kritik nicht zurückgehalten haben.

— **Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung meldet: Der vom Amte suspendierte Bureauvorstand Wistuba verbreitete die Behauptung, der Geheime Legationsrat Seitz habe 1898 und 1899 standesamtliche Erklärungen als vor ihm abgegeben bescheinigt, welche tatsächlich vor dem Sekretär Kiem abgegeben worden seien. Die Ermittelungen ergaben, daß sich Seitz der Vorgänge nicht mehr erinnert, jedoch hinzufügt, sollte ein derartiger Fall vorgekommen sein, was er nicht glaube, so könne nur vorgekommen sein, daß ihm eine Todesanzeige eines Weißen mündlich erstattet, der Anzeigende zur Abgabe der formellen Erklärung zu Kiem gesandt worden sei und er das Protokoll später unterzeichnet habe. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schließt: Da sich weiteres nicht ermitteln ließ, ist das Einschreiten gegen Seitz mangels eines hinreichend glaubhaft gemachten Verdachtes nicht erfolgt und somit das amtliche Ermittelungsverfahren eingestellt.**

— **Die Wahlprüfungs-Kommission des Reichstages** hatte gestern früh Sitzung, nach den letzten Debatten im Plenum sollte man erwarten, daß die Linke vollzählig anwesend gewesen wäre, aber es fehlte der Abg. Fischer-Berlin und der Referent Geyer. Das sagt genug!

— **Ueber Bismarck** hat sich Julius Andrassy, dem man jetzt in Budapest ein Denkmal errichtet, gelegentlich recht bezeichnend geäußert. Nachdem er die Klarheit, Zielsicherheit, den gesunden Menschenverstand Bismarcks gerühmt hatte, sagte er: „Bismarck haßt, was ihm im Wege steht, und Haß kann ihn zur blinden Wut reizen. Er hat mir heute davon eine Probe gegeben, über die ich erstaunt war. Er sprach vom Kulturkampf, von der Art, wie das neue Reich vom Vatikan befehdet wird. Und wie er auf den Papst zu sprechen kam, trat ihm das Blut an die Augenränder; seine Worte, die er sonst zu wählen, zu suchen schien, überstürzten sich in Ausfällen, die geradezu wie Verwünschungen klangen. Er nannte den heiligen Vater eine Gefahr für alle Länder und Throne, einen Revolutionär und Anarchisten, den ganz Europa bekämpfen müsse, wenn noch ein Fürst auf seinem Throne sicher sein wolle. Ich konnte nicht umhin, bei manchem Worte verwundert aufzublicken, aber das eiferte ihn nur an, noch

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id494508531-19061129/1